

VERFAHRENSVERMERKE

Die Entwürfe der Bebauungspläne mit Begründung wurden ausgearbeitet von der

LANDESENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT SAAR  
für Städtebau, Wohnungswesen, Wirtschaft- und Agrarstruktur GmbH

Saarbrücken, im Mai 1983

Aufstellungsbeschluß:

Der Gemeinderat der Gemeinde Großrosseln hat in seiner Sitzung am 27.06.1978 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Vorgezogene Bürgerbeteiligung:

Die öffentliche Darlegung und Anhörung gem. § 2 a Abs. 2 BBauG erfolgte nach dem vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 31.01.1980 beschlossenen Verfahren durch Veröffentlichung der allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung im Nachrichtenblatt der Gemeinde am 19.09.1980, durch die anschließende Darlegung und Anhörung in der Gemeindeverwaltung während der Sprechzeiten und durch eine Bürgerversammlung am 26.03.1981 zum Abschluß.

1. Öffentliche Auslegung:

Der Gemeinderat der Gemeinde Großrosseln hat in seiner Sitzung am 15.07.1982 dem Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurde gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Großrosseln am 27.08.1982 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung von Montag, den 13. September 1982 bis einschließlich Freitag, den 15. Oktober 1982 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen.

2. Öffentliche Auslegung:

Nach Prüfung der eingegangenen Bedenken und Anregungen hat der Gemeinderat der Gemeinde Großrosseln in seiner Sitzung am 18.05.1983 dem 2. Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 02.09.1983 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Großrosseln ortsüblich bekanntgemacht.

Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung von Mittwoch, den 21. September 1983 bis einschließlich Montag, den 24. Oktober 1983 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen. Bedenken und Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Satzungsbeschluß:

Der Gemeinderat der Gemeinde Großrosseln hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 22. Dez. 1983 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

Großrosseln, den 9. April 1984

Der Bürgermeister

Genehmigung:

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung (Az.: 105-5812/84, Jnltb) vom heutigen Tage ~~unter Auflagen/Maßgaben~~ gemäß § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt/teilweise genehmigt. Die kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom 26. Mai 1984 gemäß § 6 Abs. 2 BBauG von der Genehmigung ausgenommen.

Saarbrücken, den 7.5.84

SAARLAND  
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen  
J. A.  
Bernasko  
(Bernasko)  
Baudirektor

Rechtsverbindlichkeit:

Der Gemeinderat ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.: ) aufgeführten Auflagen/Maßgaben in seiner Sitzung am beigetreten.

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben vom bis öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht.

Großrosseln, den

Der Bürgermeister

Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 25. Mai 1984 durch das Amtl. Bekanntmachungsblatt bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 26. Mai 1984 rechtsverbindlich geworden.

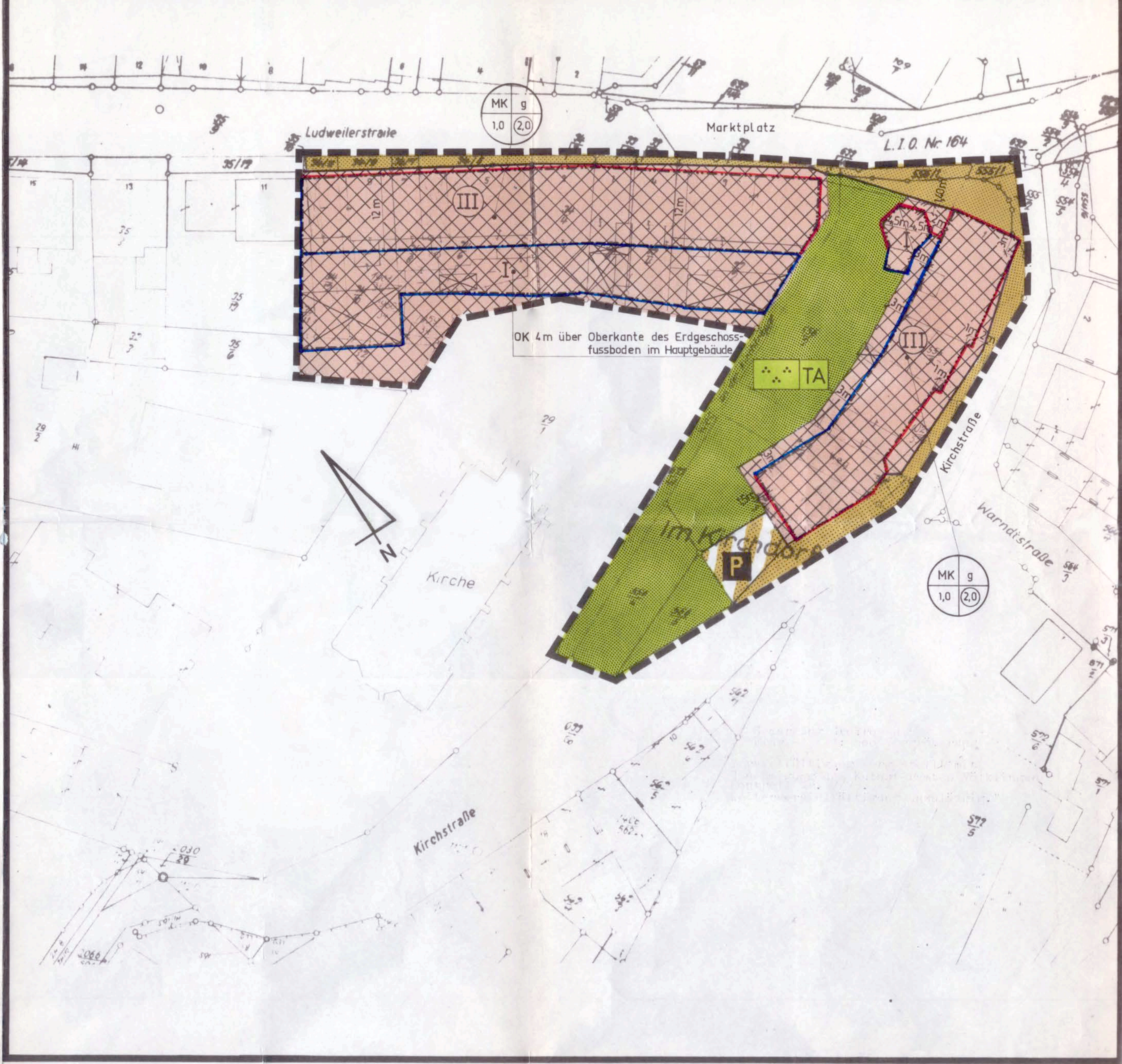
Großrosseln, den 28. Mai 1984

Der Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Großrosseln, den

Der Bürgermeister



PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(MK) Kerngebiet, vgl. § 1 der textlichen Festsetzungen!

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

- (20) Geschosßflächenzahl
- 1,0 Grundflächenzahl
- I Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- (III) Zahl der Vollgeschosse zwingend

OK 4m über... Höhe der Oberkante baulicher Anlagen als Höchstgrenze

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN

- g geschlossene Bauweise
- Baulinie
- Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN

- öffentliche Straßenverkehrsflächen
- Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung  
Zweckbestimmung: öffentliche Parkfläche

Straßenbegrenzungslinie  
(Die Straßenbegrenzungslinie entfällt, wenn sie mit einer Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt)

GRÜNFLÄCHEN

- öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung: Parkanlage und Treppenanlage

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

- Grenze des Geltungsbereiches

KENNTLICHMACHUNGEN

- Gebäude und sonstige bauliche Anlagen, die oberhalb eines Vollgeschosses und oberhalb der festgesetzten Oberkante desatigt werden müssen, weil sie den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes nicht entsprechen.

Der Geltungsbereich liegt innerhalb des förmlich festgelegten Sanktionsgebietes "Ortszentrum Großrosseln".

RECHTSGRUNDLAGEN

für diesen Bebauungsplan gilt

- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Neufassung vom 18.08.1976 (BGBl. I, S. 2256) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 07.06.1979 (BGBl. I, S. 949)
- das Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz - StBauFG) in der Neufassung vom 18.08.1976 (BGBl. I, S. 2318) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I, S. 949)
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Neufassung vom 15.09.1977 (BGBl. I, S. 1763)
- die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1981 - PlanzV 81) vom 30.07.1981 (BGBl. I, S. 833)
- das Kommune selbstverwaltungsgesetz - KSVG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.09.1978 (Amtsblatt S. 801), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neugliederung von Gemeinden und zur Änderung des KSVG vom 25.11.1981 (Amtsblatt S. 945).

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 1  
Kerngebiet

- (1) In den rückwärtigen, maximal eingeschossigen bebaubaren Bereichen sind Wohnungen nicht zulässig (§ 1 Abs. 7 Nr. 2 BauNVO).
- (2) Oberhalb des zweiten Vollgeschosses sind nur Wohnungen zulässig.

PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F. vom 18.08.1976 (BGBl. I, S. 2256, ber. S. 3.617), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I, S. 949) i.V.m. den §§ 12 und 34 des Kommune selbstverwaltungsgesetzes - KSVG - in der Fassung vom 01.09.1978 (Amtsblatt, S. 801) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neugliederung von Gemeinden und zur Änderung des KSVG vom 25.11.1981 (Amtsblatt S. 945) hat der Gemeinderat diesen Bebauungsplan 3.10 "Kirchaufgang", bestehend aus der Planzeichnung und den obenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Großrosseln, den 9. April 1984

Der Bürgermeister

GEMEINDE  
GROSSROSSELN  
STADTVERBAND SAARBRÜCKEN

BEBAUUNGSPLAN  
„KIRCHAUFANG“

MASSTAB 1:500

SATZUNG

